



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES GROSSEN GEMEINDERATES Sitzung vom 21. Oktober 2004

6. *Dringliche Motion Beat Brüngger, SVP, André Buecheler, SVP, und Mitunterzeichnende betr. Änderung der Gemeindeordnung vom 28. September 1997 § 33 Ziffer 1 - Überweisung (Geschäft Nr. 157/04)*

Es hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es muss immer Art. 26 heissen.

Beat Brüngger begründet den Vorstoss. Die Motionäre möchten, dass der Grosse Gemeinderat künftig bei vorgesehenen Stellen die Möglichkeit hat, Verantwortung zu übernehmen. Heute gibt der Gemeinderat dem Stadtrat Geld und dieser bestellt die Stellen. Künftig soll der Stadtrat bei temporären Anstellungen nach wie vor selber handeln können. Aus dem Geschäftsbericht geht nicht klar hervor, wie viele Festangestellte die Stadt beschäftigt.

Stadtpäsident Martin Graf sagt klar, dass der Stadtrat die Führungsarbeit selber leisten will. Der Stadtrat zeigt ein gewisses Verständnis aus der Optik vom Parlament. In der neuen Gemeindeordnung von 1997 ging Kompetenz vollständig an Stadtrat. Für neue Aufgaben braucht es eine gesetzliche Grundlage. Ohne Grundlage kann der Stadtrat keine Stellen schaffen. Wenn das Parlament zu jeder Stelle in der Verwaltung ja sagen will, fängt der Gemeinderat an zu regieren. Seit 1990 wurden 19 Stellen aufgestockt. 9 ½ Stellen hat das Parlament selber bewilligt. Bei 4 Stellen hat der Gemeinderat die Aufträge zur Schaffung von Stellen erteilt. Eine halbe Stelle gab es in den Bereichen Prämienverbilligung und Betriebsamt. 5 neue Praktikumsstellen gibt es (u. a. Kinderkrippe, Springerstelle Lehrabgänger). Auch im Altersheim in der Küche gibt es eine befristete Stelle. Der Stv. Abteilungsleiter Werkamt ist neu. Der Stadtrat stellt nicht einfach so neues Personal ein. Bei Mutterschaft, Krankheit und anderen kurzzeitigen Ausfällen gäbe es eine unnötige Demokratie. Und das fakultative Referendum würde geschaffen. Das Volk könnte dann abstimmen und der Stadtrat seine Führungsfunktion nicht mehr wahrnehmen. Der Stadtrat geht verantwortungsvoll mit dem Personal um. Im Geschäftsbericht könnte der Stellenplan detaillierter aufgeführt werden. Auch wäre der Stadtrat bereit, mit der Jahresrechnung einen den aktuellen budgetierten Stellenplan zu liefern.

**Christian Deuschle verlangt die Diskussion.
Der Rat stimmt dieser mit 29 Stimmen zu.**

Christian Deuschle, SP, stellt einen Ablehnungsantrag. Ist der Antrag überhaupt rechters? Die Legislative erteilt die Aufgaben, der Stadtrat muss sie ausführen. Dafür muss er frei beschaffen können. Dazu gehört auch das Verwaltungspersonal. Dieses steht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und wird per Verfügung angestellt. Um eine Kündigung aussprechen zu können, braucht es eine gesetzliche Grundlage. Die SP-Fraktion und mit ihr Christian Deuschle lehnen die Motion klar ab.

Laut André Bättig zeigt die FDP/JLIE-Fraktion Verständnis für das Anliegen der Motionäre. Der Stadtrat hat als Hauptaufgabe die operative Führung der Verwaltung. Dem Grossen Gemeinderat stehen andere Aufgaben zu. Die Stellenbesetzungen gehören zu den Kernkompetenzen des Stadtrates. Würden wir der Motion zustimmen, würden wir dann die Arbeit besser tun? Nein, wir kennen nämlich die Beziehungen und Hintergründe nicht.


Sitzung vom 21. Oktober 2004

Für Beat Brüngger kommt es nicht überraschend, dass der Stadtrat die Motion ablehnen will. Logisch, dass er keine Kompetenzen abgeben möchte. Der Grosse Gemeinderat möchte bei den wichtigen Fragen von Beginn weg mitreden und Strategien festlegen. Es ist sicher richtig, dass die 19 neuen Stellen nicht einfach so geschaffen wurden. Immerhin haben wir erreicht, dass der Geschäftsbericht transparenter wird.

Abstimmung

Dem Ablehnungsantrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Für richtigen Auszug:



Brigitte Ohl
Ratssekretärin

Versandt:

11. Nov. 2004